

Eingangsstempel

Hinweis nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften:
(Bundesdatenschutzgesetz i. V. mit dem Landesdatenschutzgesetz:
Die personenbezogenen Daten werden erhoben aufgrund § 27
Sprengstoffgesetz.
Mit der Bearbeitung der Daten dieses Vordrucks bin ich einverstanden.

An
Landratsamt – Stadt – Kreisverwaltung

Antrag auf

Erteilung Verlängerung einer
Erlaubnis nach § 27 Sprengstoffgesetz

- zum **Erwerb** von
- zum **Umgang** mit
(Herstellen, Be- u. Verarbeiten, Wiedergewinnen, Aufbewahren, Verwenden u. Vernichten)
- zum **Verbringen** von
(Ortsveränderung außerhalb einer Betriebsstätte
a) in Deutschland
b) aus oder in einen anderen Staat der Europäischen Union)

X Zutreffendes ankreuzen!

- explosions-gefährlichen Stoffen
- zum Sprengen bestimmten schwer-explosionsfähigen Stoffen, die nicht explosionsgefährlich im Sinne des § 3 Abs. 1 SprengG sind
- Zündmitteln
- pyrotechnischen Gegenständen
- anderen Gegenständen, die explosions-gefährliche oder schwerexplosionsfähige Stoffe enthalten

1. Angaben zur Person des Antragstellers

1.1 **Familienname/Ehename** (ggf. Geb.-Name)
Vornamen, Rufnamen unterstreichen

Geburts-Tag u. -Ort
Gemeinde, Landkreis, Land

Beruf, Staatsangehörigkeit

Anschrift
Straße, Platz, Hs.-Nr.

Geb.-Name u. Vorname d. Mutter d. Antragstellers

falls Antragst. minderjährig
Fam.-Name (ggf. Geb.-Name) u. **Vornamen der Eltern**

Wohnanschrift des Antragstellers während der letzten 5 Jahre, von - bis
Straße, Platz, Hs.-Nr., Gemeinde, Landkreis, Land

Bereits bestehende sprengstoffrechtliche Erlaubnis ja nein

Ausstellungs-Behörde **Ausstellungs-jahr**

1.2 **Fachkunde** (Belege sind beizufügen)
nachgewiesen durch

1.2.1

1.2.2

1.2.3

1.2.4

1.2.5

Nachdruck, Nachahmung, Kopieren und elektronische Speicherung verboten!

Beantragte Mengen (genaue Bezeichnung)

<input type="text"/>	kg	Stoff	<input type="text"/>
<input type="text"/>	kg	Stoff	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Stck	Gegenstand	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Stck	Gegenstand	<input type="text"/>
<input type="text"/>	m	Sprengschnur	<input type="text"/>
<input type="text"/>	m	Züandschnur	<input type="text"/>

Zweck

Zu welchem Zweck (Bedürfnis) werden die explosionsgefährlichen Stoffe oder Gegenstände benötigt?
(Diese Beantwortung entfällt bei pyrotechnischen Gegenständen)

Laden und Wiederladen von Patronenhülsen Vorderladerschießen

Ist mit der beabsichtigten Tätigkeit eine Aufbewahrung verbunden?

Aufbewahrung

ja nein

Gründe

Aufbewahrungs-

Ort

genaue
Beschreibung der
Aufbewahrungs-
stätte

2. Angaben zur Art

2.1 der explosionsgefährlichen Stoffe

2.2 der zum Sprengen bestimmten schwerexplosionsfähigen Stoffe

2.3 der Zündmittel

2.4 der pyrotechnischen Gegenstände

2.5 der anderen Gegenstände, die explosionsgefährliche oder schwerexplosionsfähige Stoffe enthalten, auf die sich die Erlaubnis erstrecken soll

z. B. brisante Sprengstoffe, Pulversprengstoffe, elektrische Zündmittel, pyrotechnische Gegenstände/Klasse

3. Angaben über

3.1 Art der beabsichtigten Tätigkeit

Laden und Wiederladen von Patronenhülsen Vorderladerschießen

3.2 Ort der beabsichtigten Tätigkeit

auf zugelassenen Schießständen

4. und 5. sind nur auszufüllen von Antragstellern, die Treibladungspulver zum Laden und Wiederladen von Patronenhülsen oder zum Vorderlader- oder Böllerschießen benötigen.

4. Waffenbesitzkarte ausgestellt ja nein oder Jahres-Jagdschein ausgestellt ja nein

Ausstellungs-Behörde

Ausstellungs-Datum

Berechtigungs-Nr.

Gültigkeitsdauer

5. Mitglied einer jagdlichen Vereinigung ja nein oder schießsportlichen Vereinigung ja nein

Name und Anschrift der jeweiligen Vereinigung

6. Bemerkungen

sonstige Angaben

7. Angaben zur persönlichen Zuverlässigkeit und Eignung:

Ich bin

nicht vorbestraft.

wegen folgender Straftaten rechtskräftig verurteilt (Nur Verurteilungen, deren Rechtskraft nicht länger als 5 Jahre zurückliegt):

nicht Mitglied in einem Verein, der unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt.

nicht Mitglied in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat.

nicht innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit mit richterlicher Genehmigung in polizeilichem Präventivgewahrsam gewesen.

Ich bin

nicht geschäftsunfähig.

nicht abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln.

nicht psychisch krank oder debil.

Ich leide

nicht an: – schwerer Sehschwäche, – Nachtblindheit, – Farbuntüchtigkeit, – Hirnverletzungen, – schwerer Herz-Kreislaufkrankung, – Diabetes, – Anfallsleiden, – Geisteskrankheiten, – Schwerhörigkeit oder Taubheit, – Lähmungen oder anderen schweren Erkrankungen.

Meine Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Anlage(n):

Bedürfnisnachweis

amts- oder fachärztliches oder fachpsychologisches Zeugnis über die

geistige Eignung

körperliche Eignung

Stellungnahme d. Stadt/Gemeinde

Personenbezogene Daten des Antragstellers stimmen mit den meldeamtlichen Unterlagen überein

ja nein

Änderung

Anmelde-Datum des Antragstellers

mit Hauptwohnung Nebenwohnung

Anschrift d. weiteren Wohnung

gewöhnlicher Aufenthalt des Antragstellers

Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers bestehen nicht aus folgenden Gründen

(z. B. wegen schwerer oder wiederholter Verbrechen oder Vergehen gegen Strafgesetze, Trunksucht, Rauschgiftsucht, Neigung zu Ausschreitungen, Rohheitsdelikte usw., Geisteskrankheit, Geistesschwachheit, körperliche Mängel, Geschäftsunfähigkeit usw.):

Gründe:

Körperliche Mängel:

gegeben nicht gegeben zweifelhaft

Unterschrift

Stadt/Gemeinde/Datum

Stellungnahme der Polizeidienststelle

Bestehendes Straf-, Bußgeld-, oder Ermittlungs-Verfahren

ja nein

Bemerkungen, sonstige Angaben

Unterschrift

Ort, Datum

Vermerke

- 1. Anfragen an
 - Meldebehörde
 - BZR unbeschränkte Auskunft (§ 39 Abs. 1 S. 9 BZRG)
 - Erziehungsregister
 - Polizeidienststelle
 - Staatsanwaltschaftl. Verfahrensregister
 - Verfassungsschutz
- 2. Wiedervorlage
- 3. Fachkunde nachgewiesen
- 4. Bedürfnis anerkannt

Prüfzeugnis-Nr.

Datum

Namenszeichen

Verfügung

AZ

1. Erlaubnis § 27 SprengG erteilt

Nr.

Im Verzeichnis eingetragen unter

Nr.

2. Gültig bis

3. Gebühr (Abschn. I Nr. d. Anlage z. SprengKostV)

Betrag

Block/Blatt-Nr.

4. Erlaubnis

ausgehändigt übersandt am

5. Zum Akt

Empfangsbestätigung

Unterschrift des Empfängers

Unterschrift I. A.

Ort, Datum der Behörde